



Hinweise zur anwaltlichen Vergütung in arbeitsrechtlichen Mandaten

in Sachen _____

wegen _____

1.

Die Höhe der Gebühren bestimmt sich nach dem Gegenstandswert der anwaltlichen Tätigkeit gemäß § 13 Abs. 1 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in seiner zum Zeitpunkt dieser Vereinbarung gültigen Fassung. Im Rahmen eines Kündigungsrechtsstreits wird beispielsweise im Grundsatz das dreifache Bruttomonatsgehalt als Gegenstandswert angesetzt, der sich sodann noch durch weitere ergänzende Anträge erhöhen kann.

2.

In arbeitsrechtlichen Streitigkeiten in der ersten Instanz besteht kein Anspruch der obsiegenden Partei auf Entschädigung wegen Zeitversäumnis und auf Erstattung der Kosten für die Zuziehung eines Prozessbevollmächtigten oder Beistandes.

3.

Auch bei bestehender Rechtsschutzversicherung ist der Auftraggeber/Mandant Vergütungsschuldner und nicht die Rechtsschutzversicherung. Der Mandant hat seinerseits entsprechend seinem Versicherungsvertrag einen Anspruch auf Freistellung von Vergütungsansprüchen durch die Rechtsschutzversicherung. Die Einholung einer Deckungszusage ist Sache des Mandanten. Ob und in welcher Höhe die Rechtsschutzversicherung die Anwaltsvergütung übernimmt, kann ohne Prüfung der Versicherungsunterlagen nicht eingeschätzt werden, da die Rechtsschutzversicherer unterschiedliche Regelungen haben.

4.

Bei Mandaten, die nicht auf Beratung, sondern auf Vertretung in einer gerichtlichen oder außergerichtlichen Angelegenheit lauten, übernehmen Rechtsschutzversicherungen grundsätzlich nicht eine zwischen Rechtsanwalt und Mandant vereinbarte Vergütung.

5.

Bei geringeren Einkünften haben Sie ggf. Anspruch auf Beratungs- oder Prozesskostenhilfe auf Antrag.

Wir bitten Sie, durch Ihre Unterschrift zu bestätigen, dass Sie diese Hinweise zur Kenntnis genommen haben.

Berlin, den _____

Unterschrift